

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 5

Artikel: Machen die Generale wieder Politik?
Autor: Mahrer, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141761>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

was in der Geschichte zu erreichen ist. Es geht um das Reich *Gottes*. Aber eben dieses transzendierende Reich muss in seiner dynamischen Beziehung zum Menschen in der Geschichte gesehen werden. Zu einer Fluchthaltung ermutigt der biblische Gott nicht. Es ist nicht abstrakte Jenseitigkeit, weitab von allen weltlichen Belangen. Im Gegenteil, er ist der Gott, der in die Geschichte verwickelt ist und in ihr neue Möglichkeiten eröffnet, der Gott der offenen Zukunft. Und er ist all das in konkret artikulierter Weise: Seine Grundoffenbarung im Alten Testament ist der Exodus – ein Ereignis der Befreiung. Seine Grundoffenbarung im Neuen Testament ist der Weg des Jesus von Nazareth: seine bedingungslose Solidarität mit dem Menschen, besonders mit denen, die unterdrückt und arm sind.

Diese Vision eröffnet neue Dimensionen für unser Leben und Handeln. Im Licht des Exodus, im Licht der Verwicklung Gottes in die menschliche Geschichte in Jesus von Nazareth, ist der Anspruch des Schicksals gebrochen. Die Welt ist entmythologisiert. Die «Mächte und Gewalten» besitzen den letzten Schlüssel zur Welt nicht. Sie sind mächtig – das machtpolitische Element der Politik muss sehr ernst genommen werden. Moralismus und Idealismus helfen da nicht. Und trotzdem, allmächtig sind sie nicht. Die «Realität» ist nicht nur das Gegebene, die Endsumme der determinierten Bedingungen, passives Rohmaterial für die «Konstrukteure der Zukunft». Zur Realität gehört ebenso die Herausforderung des kommenden Gottesreiches und die Antwort des Menschen auf diese Herausforderung, nach grösserer Gerechtigkeit und Freiheit zu suchen.

Diesen Geist der Herausforderung lebendig zu erhalten und diese Dimension der Hoffnung offenzuhalten, das wäre ein möglicher Beitrag der glaubenden Menschen zur Welt der Politik heute. Die Dimension der nüchternen Hoffnung wird in allen Gesellschaften notwendig gebraucht. Die Probleme unserer Welt sind überwältigend, verantwortungsbewusste Bürger oft resigniert. Hier könnte die biblische Perspektive der Hoffnung als Ruf, in der Anstrengung auf eine Humanisierung der Welt hin auszuharren, ihren wertvollen Beitrag leisten. Sie ruft uns ins Gedächtnis, dass die Mächte des Chaos und der Unterdrückung nicht endgültig die Oberhand behalten können. Die Welt ist nicht unwiderruflich politischen Managern und Manipulatoren überlassen. Darum sollte sie auch von uns nicht verlassen werden. Aus der Perspektive der Hoffnung heraus ist es der Mühe wert, nicht aufzugeben, sondern trotz all den möglichen und sehr wirklichen Schwierigkeiten auf eine Veränderung all der Verhältnisse hinzuarbeiten, unter denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

Jan Milie Lochmann

Machen die Generale wieder Politik?

Kurz vor dem Untergang des Dritten Reiches stellte Reichs- und Propagandaminister Dr. Goebbels im überfüllten Sportpalast in Berlin dem deutschen Volk die Frage: «Wollt ihr den totalen Krieg – wollt ihr ihn wenn

nötig totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können!?» Die Antwort der anwesenden deutschen Volksgenossen ist noch heute akustisch nachprüfbar: ein orkanartig anschwellender Beifallssturm riss die Anwesenden von ihren Sitzen. Damit hatte der Triumph der totalen Lüge und der Finsternis, die Kriegshysterie des nationalsozialistischen Reiches, das im Jahre 1933 mit der Remilitarisierung Deutschlands seinen unheilvollen Aufstieg begann, zum letzten emotionellen Aufschrei hingefunden, in dessen Gefolge vom Kind bis zum Greis alles unter die Waffen der deutschen Wehrmacht gerufen wurde.

Fünfundzwanzig Jahre später, am 14. Januar 1970, spricht der sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt in seinem «Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation» das Äquivalent mit den Worten: «Der Kern unserer Politik ist der Gewaltverzicht. Dieser Gewaltverzicht soll Grundlage für eine Verbesserung der Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten sein... Wir sehen im Gewaltverzicht insoweit etwas Dauerhaftes, weil es für das deutsche Volk nur noch Friedenspolitik geben kann.»

Zweifellos möchte die Erklärung Willy Brandts über den Gewaltverzicht und die Friedenspolitik seiner Regierung den Völkern Europas und insbesondere den Menschen des zweigeteilten Deutschland ein neues Licht bringen. Nach über zwei Jahrzehnten einer gröblich missratenen Politik, die sich einer im Umbruch befindlichen Welt mit revisionistischem und revan-chistischem Wunsch- und Machtdenken entgegenstimmte, scheint in Europa eine neue menschliche Hoffnung ausgesetzt. Wenn wir sagen scheint, so will untersucht sein, ob die realen Gegebenheiten, die politisch relevanten Machtfaktoren innerhalb der Bundesrepublik, diese Hoffnung zu stützen vermögen. Nichts leistet der selbstmörderischen Resignation der Völker mehr Vorschub, als wenn ihnen Hoffnungen aufgezeigt werden, ohne zugleich anzumerken, welche realpolitischen Gegenkräfte deren Erfüllung verunsichern.

Auf eine dieser in der Geschichte der deutschen Nation besonders traditionelle Gegenkraft, die die Ostpolitik Brandts in Frage stellen könnte, wird in Nr. 1 bis 4 der «Blätter für deutsche und internationale Politik», Köln, von verschiedenen Autoren hingewiesen.

Im Gespräch steht die Bundeswehr und insbesondere der sozialdemokratische Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt. Dieser hat als Nachfolger seines CDU-Vorgängers Gerhard Schröder von den Uraltpolitikern des Kalten Krieges der CDU/CSU sowie von der deutschen Generalität für seine Anordnungen schon soviel Beifall geerntet, dass jeder Anhänger einer wirklichen Friedenspolitik stutzig werden muss. Dr. Günter W. Schütze, der fünf Jahre beim NATO-Generalsekretariat als Pressesprecher tätig war und sich jetzt im Bundespresseamt mit NATO-Fragen befasst, hat denn auch versichert, dass das Verhältnis zwischen der Generalität der Bundeswehr und dem Verteidigungsminister noch nie so «vollkommen harmonisch» gewesen sei.

Helmut Schmidt hat für die Bundeswehr «ein Programm der Modernisierung und der Reformen» angekündigt. Dieses soll den Notwendigkeiten

des Jahrzehnts gerecht werden. Für Schmidt und seine Generale scheinen der Notwendigkeit des Jahrzehnts aber wesentlich andere Attribute zugehörig, als sie Bundeskanzler Brandt seiner Ostpolitik anheimstellen möchte. Wie Dr. Günter W. Schütze in einem Vortrag vor dem Fla-Raketen-Regiment 13 in Soest laut «Soester-Anzeiger» ausführte, lässt sich der Bundesverteidigungsminister von folgenden Prinzipien leiten: «Das Element der Politik im Atomzeitalter ist einmal die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen und die Entschlossenheit zum Einsatz (!), verbunden mit der Überprüfbarkeit der Fähigkeiten, diese Waffen an den Feind zu bringen. Hierzu ist eine hervorragend ausgebildete Armee notwendig und der Gleichklang zwischen Volk und Führung Voraussetzung.»

Fünfundzwanzig Jahre nach jener apokalyptischen Szene im Berliner Sportpalast umschreibt ausgerechnet ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister das Element der Politik mit der Androhung und der Entschlossenheit des Einsatzes von Atomwaffen, und die Voraussetzung dazu soll wiederum ein Gleichklang zwischen Volk, Führung und Armee sein! Helmut Schmidt stützt sich auf eine Studie, die Heeresgeneralinspektor General Schnez zusammen mit seinen Stabsoffizieren ausgearbeitet hat.

Wichtige Konferenzen im November und Dezember 1969 haben aufgezeigt, dass es dem neuen Verteidigungsminister darum geht, die Kampfkraft der Bundeswehr durch Modernisierung und Reformen rasch und wesentlich zu steigern, mit dem Ziel, eine Führungsposition in der NATO zu erlangen. Nach Äusserungen seines Freundes Wolfgang Höpker, Bonner Korrespondent von «Christ und Welt», hat Helmut Schmidt an der Novembertagung der nuklearen Planungsgruppe der NATO in Washington entscheidend dazu beigetragen, «die Sanktionierung der Einsatzplanung für taktische Atomwaffen» durchzusetzen. Damit hat das Militärkommando der NATO von den Politikern Richtlinien erhalten, nach denen es mit Atomwaffen disponieren kann. Die Doktrin der «Flexible Response» wurde solchermassen mit einer Stärkung der Abschreckungsstrategie der Allianz ergänzt, die dem nuklearen Planungsstab erlaubt, unter erleichterten Voraussetzungen einen Präventiv-Abschreckungsschlag auszulösen. Damit füllt sich aus der Sicht des Bundesverteidigungsministers ein gefährliches Vakuum auf, das allzu lange bestanden habe. Die neuen Strategen der Bundeswehr scheinen die Unterschrift Bonns unter den Atomwaffensperrvertrag nicht sehr ernst zu nehmen.

An der NATO-Konferenz vom vergangenen Dezember in Brüssel, an der Aussenminister Walter Scheel die Versammlung für Bonns Politik der Ostannäherung gewinnen wollte, trat Schmidt seinem Kabinettskollegen mit Entschiedenheit entgegen. Nach Wolfgang Höpker ging es dem Verteidigungsminister darum, «die NATO abzuriegeln gegen alle konstruktiven Gedanken, welche ein Eingehen auf eine europäische Sicherheitskonferenz auf Grund der Angebote der Sowjetunion auslösen konnten». Und schliesslich wird der Verteidigungsminister in der christdemokratischen Wochenzeitung «Rheinischer Merkur» vom 30. Januar 1970 dafür gelobt, dass er es im Kabinett durchgesetzt hat, den Generalinspektoren der Luftwaffe, des

Heeres und der Marine zum 1. April 1970 den Status von Truppenvorgesetzten zu geben. Dies sei, so meint Friedhelm Baukloh in Nr. 2/70 der «Blätter für deutsche und internationale Politik», eine schwerwiegende Entscheidung deshalb, weil damit das Primat der Politik aufgegeben worden sei. Einmal mehr bestehe in Deutschland die Gefahr, dass die Generale wieder Politik machen könnten; und dies ausgerechnet unter einem sozialdemokratischen Verteidigungsminister, von dem ein hoher Offizier im Generalsrang gegenüber dem bekannten Militärpublizisten Bernhard Wördehoff geäußert haben soll: «Mit Helmut Schmidt machen wir alles.»

Welches sind nun die Fakten, die das neue militär-politische Führungskonzept der Bundeswehr, wie es unter dem heutigen Verteidigungsminister und seinen Generalen vorangetrieben wird, als bedenklich ausweisen?

Auf einer Tagung der Theodor-Heuss-Akademie vom 9. bis 11. Januar 1970 in *Gummersbach* prüften Politiker und einige Militärexperten (Tauben) das schon auf der Brüsseler NATO-Tagung von Aussenminister Walter Scheel vertretene Konzept, die NATO für die klare Unterstützung einer auf Entspannung gerichteten Politik der Bundesregierung zu gewinnen. Auf Grund realistischer Situationsanalysen suchte man nach einer brauchbaren Alternative zu jener gefährlichen Militärpolitik, wie sie vom Verteidigungsministerium für das begonnene Jahrzehnt in Aussicht genommen wurde. Man machte sich Gedanken darüber, wie man im Hinblick auf die militärische Konzeption Westdeutschlands die Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa glaubhaft als Friedenspolitik auszuweisen vermöge. Es wurden in Gummersbach die Thesen formuliert: «Die Bundesrepublik stellt die gegenwärtig in Europa bestehenden Grenzen nicht in Frage» und «Der Abschluss von Gewaltverzichtsabkommen auch mit der DDR erscheint als notwendiger Schritt, um weitergehende Friedens-, Grenz- und Sicherheitsregelungen vorzubereiten.»

Demgegenüber wurde auf einem Kursus für innere Führung in *Koblenz* von massgeblichen Sprechern der militärischen Führung der Bundeswehr (Falken) und im Einklang mit dem Bundesverteidigungsministerium eine wesentlich andere These aufgestellt. «Die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts sei für die Bundeswehr nur dadurch zu erreichen, dass sie an der Konzeption der gemeinsam von der NATO getragenen Vorne-Verteidigung festhalte. Das sei aber den Bündnispartnern der NATO, namentlich auch den USA, nicht plausibel zu machen, wenn dies mit einer Politik verbunden sei, welche die deutsche Teilung anerkenne, die Wiedervereinigung in Freiheit somit aufgebe und damit den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland zu sprechen. Infolgedessen müsse eine Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze oder auch nur eine De-facto-Anerkennung der Grenze zwischen Bundesrepublik und DDR einer Beeinträchtigung der Vorne-Verteidigung der Bundesrepublik gleichkommen und sei somit abzulehnen.» Die gleichen Leute aus Koblenz interpretieren übrigens die Bereitschaft der USA zum Truppenabzug aus Westeuropa dahin, dass in diesem Fall die Stärke und Kampfbereitschaft der Bundeswehr zu erhöhen und zusammen mit europäischen NATO-Partnern

– möglichst unter bundesdeutscher Leitung – das NATO-Waffenarsenal, auch das atomare, aufzufüllen sei.

Die Haltung des Bundesverteidigungsministeriums und der Generale, wie sie der Dialog *Gummersbach – Koblenz* erhellt, ist wirklich bedenklich. Sie erhält im Lichte einer Studie, die der Hamburger Diplomsoziologe Hermann Wessling, Reserveoffizier der Bundeswehr, im letzten Sommer verfasste, zudem ihre vertiefte makabre Bedeutung. Unter dem Titel «Die Generalität auf dem Wege nach Athen?» kommt diese Studie nach eingehenden Untersuchungen zum Schluss, «dass die Bundeswehr nicht länger mit dem Gedanken ‚spielt‘, ein ‚Ordnungsfaktor‘ à la Griechenlands Obristen zu werden, sondern dass sie sich auf diese Rolle bereits vorbereitet. Bei inneren Unruhen sollen demnach nicht die parlamentarischen Organe bestimmen, wann der Zeitpunkt für einen Einsatz der Streitkräfte gekommen sein könnte, sondern die Armee selbst.» Dies sei letztlich die «äusserste Warnung», so argumentieren – auf diese Studie hin angesprochen – die Generalstäbler gegenüber jedem, der es hören will, in bezug auf eine «Entspannungspolitik», die zu weit gehe.

Solche Machtgelüste der Militärs machen deutlich, warum ihnen so sehr daran gelegen ist, die innere Ordnung des Heeres wieder nach alter preussischer Soldatentradition auszurichten. Die eiserne Befehlsgewalt über die Soldaten soll ihnen im Ernstfall wie eh und je zu Gebote stehen. Mit der Verbindlicherklärung der Schnez-Studie «Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres» soll jenes Konzept des «Staatsbürgers in Uniform», das zu Beginn der Remilitarisierung der Bundesrepublik das Misstrauen der Bevölkerung und des Auslandes zerstreuen sollte, revidiert werden. Jenes Konzept beinhaltet gewisse institutionelle und durch das Soldatengesetz geregelte Bürgerrechtsansprüche, auf die sich der Bundeswehrsoldat beziehen kann. Diese Rechte sollen ihm durch die geplante Reform wieder genommen werden. Das Recht der Soldaten zum Beispiel in Gesprächen mit Kameraden ihre eigene politische Meinung zu äussern, geht General Schnez schon zu weit. Er fordert eine «Überprüfung» der politischen Betätigung der Soldaten.

Stärker als das demokratische Bewusstsein möchte der Herr Generalinspektor das Gefühlsleben des «einfachen Mannes» angesprochen wissen, denn «über den Verstand allein kommt man nicht an ihn heran; es ist notwendig, ihn auch über das Gefühl und das Herz anzusprechen. Die erzieherische Einwirkung auf das Gefühl bloss deshalb nicht anzuwenden, weil die Gefahr der Unredlichkeit, des Missbrauchs und der Verführung besteht und weil wir schon einmal missbraucht wurden, kann ich nicht anerkennen. Wehe, wenn wir hier Lücken lassen, welche dann von falschen Propheten gefüllt werden.» (Offenbar hält sich General Schnez für einen guten Propheten.)

Die Studie beklagt sich über die noch immer von zahlreichen Lehrern, Pfarrern, Schriftstellern, Publizisten, Regisseuren und Fernsehmoderatoren geförderte Abneigung gegen den Dienst mit der Waffe sowie die von namhaften Gelehrten und Geistlichen vertretene Auffassung, das Ethos der Zu-

kunft werde der waffenlose Dienst sein. Die Streitkräfte hätten das Wohlwollen der Bevölkerung noch in zu geringem Umfange errungen, und sie seien noch zuwenig ausreichend in Staat und Gesellschaft integriert.

Gegen Wehrdienstverweigerer und «Drückeberger» bezieht die Studie ebenso entschiedene Position, wie sie zur Sicherstellung des Gehorsams die verschärfte Arreststrafe fordert. Böswillige und renitente Soldaten sollen in Sondereinheiten untergebracht werden, denn General Schnez meint: «Schon die Tatsache ihres Bestehens könnte der Disziplin allgemein dienen.» In bezug auf diese Disziplin wird folgendes Rezept aufgelegt: «Die Erziehung der Disziplin wird schwerpunktmässig durch Steigerung des Gefechtsdrills und durch eine stärkere Betonung der soldatischen Ordnung verbessert.» Und zum Schluss darf da wieder einmal das Wort vom «frisch-fröhlichen Geist» stehen, der in der Gefechtsausbildung zum Zuge kommen soll.

Ein frisch-fröhlicher Geist – in die Truppe! Wieder und wieder in die Truppen! Warum nicht endlich in die Herzen der Menschen und in die Bemühungen um den Frieden und das Glück der Völker, aller Völker!?

Eine böse Sache, das mit den Truppen; eine böse Sache, das mit den deutschen Generalen, mit allen Generalen auf der Welt; eine böse Sache, das mit den Politikern mit dem Januskopf der Doppelmoral; eine böse Sache, dass in Deutschland die Universitäten und die Industrie im neuen Jahrzehnt vermehrt mit Forschungsaufträgen für das Rüstungsministerium rechnen können; eine böse Sache, das mit den militärisch-industriellen Komplexen allüberall auf der Welt...

Soll die neue Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt nicht über die militärpolitische Klinge springen und soll das neue Licht, das in Europa ausgesetzt ist, nicht allzubald wieder verlöschen, so müsste sich die Bundesregierung zwangsläufig mit jener Schlussfolgerung auseinandersetzen, wie sie Friedhelm Baukloh in seinem Aufsatz «Machen unsere Generale wieder Politik?»¹ formuliert hat. Er fragt, «ob die neue Bundesregierung nicht als ein Gebot allergrösster Dringlichkeit erst einmal beherzigen sollte, den Dualismus zwischen «Falken» und «Tauben» zu beenden und den Kanzler zu bevollmächtigen, gemäss seinen von der Verfassung gegebenen Möglichkeiten Richtlinien einer Politik des Ausgleichs, der Entspannung und damit auch der Abrüstung, statt forcierter Hochrüstung, verbindlich zu machen. An diese Richtlinien müsste sich dann auch ein Verteidigungsminister halten.»

Solche Richtlinien scheinen dringlich, denn unter Ziffer 85 kommt die verbindliche Schnez-Studie zum Schluss: «Jedes Kurieren an Symptomen verspricht ebensowenig durchschlagenden Erfolg wie die Beseitigung einzelner Mängel. Nur eine Reform an ‚Haupt und Gliedern‘, an Bundeswehr und Gesellschaft, mit dem Ziel, die Übel an der Wurzel zu packen, kann die Kampfkraft entscheidend heben.»

¹ Nr. 3/70 der «Blätter für deutsche und internationale Politik», Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln.

Offenbar geht es den Generalen nicht darum, die Bundeswehr in die Gesellschaft, sondern die Gesellschaft in die Bundeswehr zu integrieren. Darf man das Volk in Waffen schon wieder so ungeniert fordern?

René Mahrer

Anna Louise Strong

In Peking starb am 29. März dieses Jahres im Alter von 84 Jahren diese weltbekannte Publizistin. An ihrem Krankenbett im Spital besuchten sie so hochgestellte Persönlichkeiten wie Tschu En-lai, denn sie war für dieses Land in der Tat eine wertvolle und geschätzte Persönlichkeit, die durch ihre journalistische und propagandistische Tätigkeit die Ideen Maos auf persönlich geprägte Art zu verbreiten suchte. Sie war eine grosse Freundin Chinas und betrachtete es als ihre Adoptivheimat, der sie buchstäblich bis zum letzten Atemzug diente.

In den letzten Jahrzehnten ihres Lebens bereiste diese ungewöhnliche Frau weite Gebiete des kommunistischen Teils der Welt, die Mandschurei, Nordkorea, Prag, Moskau und immer wieder China. Oft mit Kräften, die zu versagen drohten. Ihre geistige Energie scheint unerschöpflich gewesen zu sein.

Niemand hätte ihr von Anfang an eine solche Laufbahn vorausgesagt. Sie wuchs im Mittleren Westen der Vereinigten Staaten auf als Tochter einer streng religiösen Familie. Der Vater war Pfarrer. Die begabte Studentin schrieb ihre Dissertation über die Psychologie des Gebetes und doktorierte an der Universität von Chicago. Anschliessend arbeitete sie in der Arbeiterbewegung in Seattle und versuchte sich dort erstmalig als Journalistin an einer Arbeiterzeitung. Früh schon fühlte sie sich von ihrer ursprünglichen Heimat, Amerika, schwer enttäuscht und wandte sich der internationalen kommunistischen Bewegung zu.

1932 heiratete sie einen russischen Agronomen, der zehn Jahre später starb. Schon in den harten zwanziger Jahren hatte sie von den Quäkern den Auftrag erhalten, die Lebensbedingungen in Russland zu prüfen und darüber zu berichten. Solche Berichte wurden ihr Lebensauftrag. Die folgenden dreissig Jahre lebte sie fast ausschliesslich in der Sowjetunion. Sie schrieb für eine internationale Korrespondenz, später für «Moscow Daily News». Die Ironie der Geschichte will es, dass sie 1949 wie ungezählte andere vom Stalinregime als amerikanische Spionin verhaftet wurde und das berüchtigte Gefängnis Ljubjanka wenigstens für einige Tage von innen kennenlernte. Formell wurde sie erst sechs Jahre später nach den Enthüllungen Chruschtschows rehabilitiert.

Mit Mao wurde sie schon früh bekannt. Berühmt wurde das Interview von 1946, das sie mit ihm in seinem unterirdischen Versteck ausserhalb von Yenan führte. Schon damals fiel das Wort vom Papiertiger, das die Furchtlosigkeit vor allen reaktionären Kräften ausdrückt, und der Artikel von Frau Strong figuriert in dem berühmten Roten Büchlein. Von Edgar Snow (Autor